

## Einleitung

Nazi-Terror auf den Straßen, Nazi-Aufmärsche unter Polizeischutz, schrittweise Faschisierung des Staatsapparats, ein chauvinistisch-kriegstreiberischer deutscher Imperialismus als „Friedensengel“, der sich von angeblicher „Knechtschaft“ u. a. des US-Imperialismus befreien muss ... mit diesen heute wieder höchst aktuellen Problemen waren in den Jahren von 1929 bis 1933 die Genossinnen und Genossen der KPD konfrontiert. Als 1933 schließlich die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals in seiner nazifaschistischen Form errichtet und der nun staatliche Nazi-Terror verschärft wurde, sollte zunächst die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland, voran die KPD, zerschlagen werden, um der deutschen Bourgeoisie freie Hand für ihre Raubkriegs-, Weltherrschafts- und Völkermordpläne zu geben, nachdem in den Monaten zuvor Schritt für Schritt Maßnahmen auf dem Weg zu einer polizeistaatlichen Diktatur eingeleitet und durchgeführt worden waren. Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in einer Koalition aus Nazis und Deutschnationalen im Januar 1933, der Reichstagsbrand im Februar und schließlich die „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften im Mai waren Marksteine auf dem Weg zur vollständigen Errichtung der nazifaschistischen Diktatur.

Vor diesem Weg hatte die KPD sehr laut und für jeden hörbar gewarnt: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Die imperialistische Expansion Nazi-Deutschlands, der imperialistische Angriffskrieg auf die sozialistische Sowjetunion, die Deportation und systematische Vernichtung der jüdischen

Bevölkerung und der Sinti und Roma, die ganze Palette der nazifaschistischen Verbrechen konnte nicht von einer kommunistisch geführten Massenbewegung verhindert werden, Nazi-Deutschland musste von den Völkern und Armeen der Anti-Hitler-Koalition besiegt und besetzt werden.

\* \* \*

Es ist die geschichtliche Wahrheit, dass es den Genossinnen und Genossen der KPD nicht gelungen ist, militante bewaffnete Massenkämpfe gegen die Errichtung und Festigung der nazifaschistischen Diktatur 1933 in Deutschland zu entfalten. Als Kommunistinnen und Kommunisten stehen wir vor der Aufgabe, auf Grundlage der Kenntnis der realen damaligen Situation und der damaligen Kräfteverhältnisse die Gründe hierfür zu analysieren. Dabei werden wir die revolutionären Grundpositionen der KPD, den mutigen Kampf der KPD-Genossinnen und -Genossen im antinazistischen Kampf gegen alle Schmutzangriffe verteidigen, die Mängel und Fehler der KPD insbesondere in taktischen Fragen einer solidarischen, aber wissenschaftlich-rücksichtslosen Kritik unterziehen. Gleichzeitig müssen wir auch die Methoden, demagogischen Fähigkeiten und das verbrecherische Potential des deutschen Imperialismus erkennen und durchschauen, wie es ihm durch Täuschung, Zersplitterung, Demagogie, Schmeichelei und Terror Schritt für Schritt gelungen ist, sich eine millionenfache Massenbasis für seine Ziele zu schaffen und die revolutionäre Bewegung in Deutschland weitgehend zu zerschlagen.

## Das Programm des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus

Nach einer Periode massenhafter bewaffneter revolutionärer Kämpfe und Aufstände im Anschluss an die Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg – von der Novemberrevolution 1918, über die Münchner Räterepublik im April–Mai 1919, den Generalstreik und bewaffneten Abwehrkampf Hunderttausender Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Errichtung einer Militärdiktatur durch den Kapp-Putsch im März 1920, die bewaffneten Märzkämpfe 1921 vor allem in der Region von Merseburg-Halle und besonders in den Leuna-Werken, bis zum bewaffneten Aufstand kommunistisch orientierter Arbeiterinnen und Arbeiter in Hamburg unter Führung der KPD im Oktober 1923 – folgte bis 1928 eine Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Der im Ersten Weltkrieg besiegte, zunächst am Boden liegende deutsche Imperialismus erholte sich schrittweise von seiner Niederlage und bereitete Stück für Stück die Wiederaufrüstung und einen Revanchekrieg vor.

Diese Tendenz hob Stalin in seinem Rechenschaftsbericht auf dem XIV. Parteitag der KPdSU(B) 1925, nach Abschluss des „Locarno-Vertrages“ hervor:

„Was Locarno anbelangt, so ist es nur eine Fortsetzung von Versailles und kann nur den Zweck haben, den ‚Status quo‘ aufrechtzuerhalten ... das heißt, die bestehende Ordnung der Dinge aufrechtzuerhalten, kraft deren Deutschland ein besiegtes Land und die Entente die Siegerin ist ... Anzunehmen, das wachsende und vorwärtsschreitende Deutschland

werde sich mit dieser Lage abfinden, hieße an Wunder glauben.“  
(Stalin Werke, Band 7, S. 237)

### Ursachen

Der Grund für dieses Wiedererstarken, für die Entwicklung des besiegten Deutschland hin zu einer erneut erstarkten imperialistischen Großmacht, war das Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen imperialistischen Länder. Hier galt es, sich nicht von der Demagogie der deutschen Bourgeoisie täuschen zu lassen, nicht eine Momentaufnahme des aktuellen Kräfteverhältnisses der verschiedenen imperialistischen Länder zur Grundlage für eine Einschätzung der Stärke des deutschen Imperialismus zu nehmen. Ernst Schneller, ein führender KPD-Genosse, erklärte diese Frage im Schulungsmaterial, das den Genossinnen und Genossen der KPD die Thesen der Kommunistischen Internationale über „Krieg und Kriegsfahrt“ vom Mai 1927 erläutern und verständlich machen sollte:

„Die Neuaufteilung der Welt durch die Verträge von 1918 kann keine dauernde sein, und es ist überhaupt unmöglich, dass sich die verschiedenen imperialistischen Länder jemals auf Dauer über die Teilung der Welt verständigen könnten. Das liegt daran, dass sich der Kapitalismus in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten in verschiedenem Tempo entwickelt.“  
(Schneller, S. 141)

Dabei boten diese Verträge von 1918, der Versailler Friedensvertrag, dem deutschen Imperialismus besondere demagogische Möglichkeiten, um die

deutsche Bevölkerung mit der Ideologie des Revanchismus und Chauvinismus zu verhetzen, während er gleichzeitig die räuberischen finanziellen Bedingungen dieses Vertrages auf die werktätigen Massen abzuwälzen und von sich selbst abzulenken versuchte mit dem Verweis auf die Reparationsforderungen der Siegermächte.

### Abschüttelung der finanziellen Forderungen

Zug um Zug entledigte sich der deutsche Imperialismus der ökonomischen Forderungen von Versailles:

- 1929 wurden die Verpflichtungen Deutschlands an die Siegermächte im „Young-Plan“ neu geregelt. Die Reparationszahlungen, die von nun an nur aus den Einnahmen der Reichsbahn und des Staatshaushalts zu leisten waren, wurden auf 113,9 Milliarden Mark herabgesetzt und begrenzt. Die Reparationskommission wurde aufgelöst, alle Kontrollinstrumentarien fielen weg, Reichsbahn und Reichsbank wurden in den Besitz des deutschen Imperialismus zurückgegeben.
- 1930 zogen unter frenetisch-chauvinistischem Applaus die letzten französischen Ententetruppen aus dem besetzten Rheinland vorfristig ab.
- Mitte 1931 veranlasste der US-Imperialismus durch das Hoover-Moratorium die Reparationsgläubiger Deutschlands, für ein Jahr auf deutsche Reparationszahlungen zu verzichten.
- Mitte 1932 wurde auf der Reparationskonferenz von Lausanne die Restsumme der Reparationsverpflichtungen auf nur noch 3 Milli-

arden Mark, zahlbar ab 1935, festgelegt. Faktisch beendete der deutsche Imperialismus 1932 die Reparationszahlungen.

### Militarisierung und Wiederaufrüstung

Entsprechend seiner wiedergewonnenen ökonomischen Stärke forcierte der deutsche Imperialismus die Militarisierung und Wiederaufrüstung:

- Die im Versailler Vertrag geforderte Festlegung der Stärke der Reichswehr auf 100.000 Soldaten unterlief er durch eine neunjährige Reservezeit. Damit waren zwar offiziell lediglich 100.000 Reichswehr-Soldaten ständig unter Waffen, weitere 300.000 jedoch waren ausgebildet, standen neun Jahre lang unter unmittelbarer militärischer Führung (für den Einsatz im „Bahnschutz“ oder in „Grenzsiedelungen“) und waren jederzeit abrufbereit. Hinzu kam die staatliche militarisierte Schutzpolizei (rund 200.000) sowie die Hunderttausende umfassenden paramilitärischen sogenannten „Wehrverbände“ wie Stahlhelm und SA.
- Ein wichtiger Meilenstein der zunehmend offen betriebenen Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung war 1928 der Bau von Panzerkreuzern zur Schaffung einer eigenen Kriegsflotte.
- Der zweite Markstein war 1931 das „Zweite Rüstungsprogramm“, das von 1933 bis 1938 durchgeführt werden sollte mit dem Ziel, 34 Divisionen (ca. 20.000 Soldaten pro Division) der Reichswehr aufzustellen.
- In geheimen Mobilmachungsplänen

der Reichswehr wurde 1931 der Einsatz von „Freiwilligen aller Parteien“ – sprich der bewaffneten Formationen SA, Stahlhelm und Reichsbanner – für den „Landes- und Grenzschutz“ vereinbart.

- Im Dezember 1932 erklärten sich die Siegermächte des Ersten Weltkriegs in Genf schließlich mit der Wiederaufrüstung Deutschlands einverstanden, die unter der Phrase der „Abrüstungsgleichberechtigung“ präsentiert wurde.

Der deutsche Imperialismus erhob immer frecher sein Haupt. Ernst Thälmann stellte in seiner Rede auf der 3. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932 schließlich fest:

„Vierzehn Jahre nach Abschluss des vorigen Weltkriegs ist das Problem der Neuaufteilung der Welt für die Imperialisten wieder zu einer brennenden Frage geworden, die sie mit dem Mittel des Krieges zu lösen versuchen ... Zugleich verschärft sich die imperialistische Aggressivität der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie ... Was die Brüning-Regierung mit dem damaligen Außenminister Curtius vor eindreiviertel Jahren mit der deutsch-österreichischen Zollunion versucht hat, wird jetzt von den Papen-Schleicher auf weitaus höherer Stufe unternommen: die Durchbrechung jener Schranken, die das Versailler System dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus gesetzt hat.“  
(Thälmann 1930–1933, S. 293 f.)

### **Manöver des deutschen Imperialismus**

Lange Zeit brachte der deutsche Imperialismus seine Forderungen nicht offensiv als Bruch der Bestimmungen des

Friedensvertrags vor, sondern operierte heimlich und über den Umweg der „Forderung nach internationaler Abrüstung“. In seinen Memoiren beschrieb Ex-Kanzler Brüning, dass er im April 1932 auf der Abrüstungskonferenz in Genf seinem englischen Amtskollegen vorschlug, man solle Deutschland „die Freiheit geben, Versuchstypen für die schweren Angriffswaffen zu konstruieren“. Brüning ergänzt in Klammern für die Leserinnen und Leser: „(die wir übrigens seit Jahren hatten)“. (10/ S. 561)

In seiner Schrift „Der neue Weltkrieg. Was tun die deutschen Arbeiter gegen den drohenden imperialistischen Krieg?“ analysierte Ernst Schneller 1927 die speziellen Manöver der deutschen Bourgeoisie, die heute wieder höchst aktuell sind:

„Ohne modernes Heer, ohne Flotte, ohne Flugzeuge, Tanks, Giftgas und schwere Artillerie – wie will sich das neue imperialistische Deutschland am Kampf um die Märkte mit Aussicht auf Erfolg beteiligen können! ... Liegt in dieser Entwicklung (verschärfter Kampf um Märkte, A. d. V.) die Tendenz zur Verschärfung der Gegensätze zu den übrigen imperialistischen Mächten, so zugleich auch der Antrieb, sich aktiv an jeder möglichen Auseinandersetzung um die Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt zu beteiligen. Daraus erwächst die geschäftige Lebendigkeit der deutschen Außenpolitik, die Bereitwilligkeit, im albanischen Konflikt als Schiedsrichter mitzuwirken, der Drang, in die Mandatskommission des Völkerbunds zu kommen, überhaupt die gesamte Völkerbundspolitik.“ (Schneller, S. 221)

Vor dem Hintergrund dieses nun wiedererstarnten, besonders aggressiven deutschen Imperialismus, der in imperialistischer Rivalität seinen erneuten Anspruch als imperialistische Großmacht formulierte und die seit 1929 wirkende Weltwirtschaftskrise für Massenentlassungen, Lohnabbau und die Schaffung eines Millionenheers von Erwerbslosen in Deutschland nutzte, wuchs und erstarkte die KPD, die mit ihren revolutionären Grundpositionen, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands des Proletariats im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus, ihrem Ziel, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu gewinnen und in Klassenkämpfen zum Sturz des deutschen Imperialismus zu führen, Stück für Stück näher kam.

Beim Studium der Dokumente der KPD von 1929 bis 1932 wird jedoch deutlich, dass die KPD einen eigenständigen Weg des deutschen Imperialismus hin zu einem imperialistischen Krieg – und im Zusammenhang damit die wesentliche Funktion des Nazi-Faschismus als Instrument zur Massenmobilisierung für einen solchen Krieg und zur Zerschlagung der revolutionären Kräfte in Deutschland – trotz punktuell richtiger Einschätzung insgesamt unterschätzt hat.

Der KPD-Genosse Rudolf Gerber analysierte in seinem Beitrag „Unser Kampf gegen den deutschen Imperialismus“ von 1935, der in der „Kommunistischen Internationale“ unter der Rubrik „Tribüne des VII. Weltkongresses“ abgedruckt wurde, selbstkritisch die Haltung der KPD gegen den Versailler Vertrag als Reaktion auf die chauvinistische Anti-Versailles-Propaganda der Nazis, wie sie insbesondere

in der „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ der KPD von 1930 formuliert worden war. Die KPD hatte versucht, der chauvinistischen Demagogie von Nazis und Deutschnationalen entgegenzutreten, indem sie sich selbst als einzig konsequente Kraft im Kampf gegen die imperialistischen Verträge präsentierte und die falsche These vertrat, dass die Durchbrechung des Versailler Vertrags unter Führung der Nazi-Partei nicht möglich sei. Gerber hob jedoch hervor, dass es zwei Möglichkeiten zur Liquidierung der Versailler Bedingungen gab: eine *proletarische Option*, die durch die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats einheimisches und ausländisches Kapital expropriert und dem Weltimperialismus im Bündnis mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der ganzen Welt, insbesondere mit der Sowjetunion, den Krieg erklärt, und eine *imperialistisch-chauvinistische Option* des deutschen Imperialismus, die die Versailler Bedingungen durch imperialistische Aggression und Raubkrieg abschüttelt:

„Unsere Propaganda litt teilweise unter dem Fehler, dass wir die zweite Möglichkeit in unzulässiger Vereinfachung vielfach als nicht vorhanden behandelten.“ (Gerber, S. 725)

Aus der von Gerber kritisierten unrealistischen Leugnung der tatsächlichen Möglichkeit und Gefahr, dass der Versailler Vertrag durch einen imperialistisch-faschistischen Krieg gesprengt wird, folgt im Grunde, dass diese Gefahr nicht richtig gesehen und bekämpft werden konnte.

Nicht zuletzt musste es bei den werktätigen Massen dann so heraus-

kommen, dass angesichts der „Erfolge“ der Nazi-Faschisten bei der Abschüttelung des Versailler Vertrags die Kommunisten unrecht behalten hätten, Hitler aber „sein Wort“ gehalten habe. Dies war wohl einer der gefährlichsten

Siege der Nazi-Faschisten im Kampf um die Millionenmassen, der die Entfesselung des Zweiten Weltkriegs durch Nazi-Deutschland wesentlich erleichtert hat.

## Die Sozialdemokratie treibt die Faschisierung voran

Für jede kommunistisch orientierte Arbeiterin, für jeden kommunistisch orientierten Arbeiter der Weimarer Zeit war klar: Die Führer der Sozialdemokratie waren die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Sie waren es, die 1918 ein Bündnis mit der Reichswehr-Generalität zur „restlosen Bekämpfung der Revolution“ hergestellt hatten. Noske, Kriegsminister der 1919 gebildeten SPD-Regierung, hatte offen erklärt: „Einer muss der Bluthund sein!“ Sie waren die antikommunistischen Mordhetzer, auf deren Konto rund 30.000 ermordete revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter während der Novemberrevolution bis zur Zerschlagung der Münchener Räterepublik im Mai 1919 gingen. Sie waren es, die nach der Abwehr des Kapp-Putsches 1920 die Entwaffnung der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter veranlasst und die Massakrierung von 1.000 Kämpfenden ermöglicht hatten.

### Wie die Sozialdemokratie die Faschisierung und Wiederaufrüstung vorantrieb

Auch in den Folgejahren blieb die Sozialdemokratie zunächst die politische Hauptkraft, auf die der deutsche Imperialismus bei der Faschisierung und Wiederaufrüstung des Weimarer Staats setzte:

- Der Bau von Panzerkreuzern für die Kriegsflotte des deutschen Imperialismus wurde von einer SPD-Regierung forciert.
- Der „Blutmai“, das Polizei-Massaker vom 1. Mai 1929 in Berlin, war das Werk der Sozialdemokratie, insbesondere des SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel. Trotz des Demonstra-

tionsverbots folgten rund 200.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an diesem Tag dem Aufruf der KPD. Darin hieß es:

„Der Sozialdemokrat Grzesinski droht mit dem Verbot der KPD und des RFB. Über Berlin und Hamburg ist bereits der Belagerungszustand verhängt. Demonstrationsverbote der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten sind für eine Reihe weiterer Städte angekündigt. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, verbündet sich mit den Führern des ADGB zum Verbot des 1. Mai. Was dem willhelminischen Deutschland nicht gelungen, was Jagow und Keudell nicht vollbrachten, wollen die sozialdemokratischen Lakaien der Trustbourgeoisie vollbringen.“  
(„Rote Fahne“, 13. April 1929)

Die Polizei überfiel die Demonstration und schoss in die Menschenmenge. Im Verlaufe der Kämpfe errichteten die Arbeiterinnen und Arbeiter in Neukölln und im Wedding Barrikaden, die sie teilweise zwei Tage lang gegen die Polizeiübermacht verteidigen konnten. Auf die Bedeutung eigener Erfahrungen, die die Arbeiterinnen und Arbeiter bei diesem bewaffneten Abwehrkampf gegen die Polizei machen konnten, ging Ernst Schneller auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 in einem Diskussionsbeitrag ein:

„Der Aberglaube an die Überlegenheit der bewaffneten Macht, dieser teilweise vorhandene ungeheure Respekt vor Uniformen und Waffen, der hat sich gerade am 1. Mai als absolut unberechtigt erwiesen. 30

Arbeiter in Neukölln, 30 Arbeiter im Wedding, die aktiv gekämpft haben, sie haben Tausende von Schutzpolizisten in Schach gehalten, nicht kraft ihrer besonderen Tapferkeit, sondern kraft der Verbundenheit mit dem Proletariat.“

(12. Parteitag, S. 403)

Die Polizei ermordete 33 Demonstrantinnen und Demonstranten, verletzte fast 100 schwer und verhaftete 2.000, die in den anschließenden „Mai-Prozessen“ im Schnellverfahren verurteilt wurden. Das Zentralorgan der KPD, die „Rote Fahne“, wurde für mehrere Wochen verboten. Aus Protest gegen das Polizeimassaker traten im Anschluss an den Berliner Blutmai 25.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin und 50.000 in Deutschland in den ersten politischen Massenstreik seit 1923.

- Im Anschluss an den Berliner Blutmai schürte die SPD-Regierung eine massive antikommunistische Hetze, die sie für das Verbot des „Rotfrontkämpferbundes“ (RFB) nützte.
- Mit der angeblichen Option des „kleineren Übels“ versuchte die Sozialdemokratie, legalistische Illusionen unter den SPD-beeinflussten Arbeiterinnen und Arbeitern zu verstärken, die gegen die erstarkende nazifaschistische Bewegung kämpfen wollten. Sie setzte sich 1932 massiv für die Wahl des Reichswehr-Generals Hindenburg zum Reichspräsidenten als „kleineres Übel“ im Vergleich zu Hitler ein. Dem setzte die KPD die richtige Parole „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ entgegen. Ernst Thälmann erklärte in seiner Rede im Berliner

Sportpalast im März 1932, dass die Tatsache, dass die deutsche Bourgeoisie neben dem Kriegshetzer Hitler nur Generale und Obersten aufstellte, ein weiterer Beleg

„... für die imperialistischen Pläne, für die Kriegslüsterheit, für die Kriegseschlossenheit des kapitalistischen Deutschland und seiner herrschenden Klasse (ist).“

(Thälmann 1930–1933, S. 27)

Auf die Demagogie des „kleineren Übels“ – ein Standard„argument“ der damaligen Sozialdemokratie zur Rechtfertigung sämtlicher konterrevolutionärer Aktionen – ging Clara Zetkin in ihrer Reichstagsrede im August 1932 ein:

„Die Politik des ‚kleineren Übels‘ stärkte das Machtbewusstsein der reaktionären Gewalten und sollte und soll noch das größte aller Übel erzeugen, die Massen an Passivität zu gewöhnen. Diese sollen darauf verzichten, ihre volle Macht außerhalb des Parlaments einzusetzen.“

(4/S. 367)

Die von Clara Zetkin aufgezeigte Tatsache ist auch einer der wesentlichen Gründe, warum die konterrevolutionäre Sozialdemokratie völlig zu Recht als Wegbereiter des Nazi-Faschismus bezeichnet wurde.

- Beim „Altonaer Blutsonntag“ am 17. Juli 1932 marschierten nahezu 10.000 SA-Männer auf als „Strafexpedition“ gegen die antinazistischen Arbeiterinnen und Arbeiter Hamburg-Altonas, einer Hochburg der KPD. Auf Befehl des SPD-Polizeipräsidenten Eggerstedt schützten mit Maschinenpistolen und Panzerwagen bewaffnete Polizisten den Nazi-Aufmarsch. Der Nazi-Angriff konnte von den Arbei-



terinnen und Arbeitern zurückgeschlagen werden, SA-Trupps und Polizei wurden von den umliegenden Häusern aus unter Beschuss genommen. Den flüchtenden Nazis kam die SPD-Polizei zu Hilfe. Mit Maschinengewehren schoss sie in die Menge. 18 antinazistische Demonstrantinnen und Demonstranten wurden ermordet, 70 verletzt und 132 verhaftet. (Merker, S. 246, sowie 1/S. 241)

\* \* \*

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen gab es also unter den kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland keinen Zweifel daran, dass die SPD eine konterrevolutionäre Partei war, eine Schutztruppe des Finanzkapitals, eine politische Abteilung des deutschen Imperialismus, die sich im Gewand der „Arbeiterpartei“ präsentierte und dem deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung Masseneinfluss sicherte, um rückständige Arbeiterinnen und Arbeiter durch Reformismus, Nationalismus und Antikommunismus an den reaktionären Staat zu binden.

Dabei war es taktisch nicht unerheblich, welche politische Abteilung des deutschen Imperialismus in welcher Phase in den Vordergrund geschoben wurde – sei es im Staatsapparat, sei es auf der Straße –, um gegen die Kräfte der proletarischen Revolution vorzugehen. In dieser Hinsicht war die Sozialdemokratie ab 1930 bis 1933 nicht mehr der politische Hauptakteur der Repression, sondern vielmehr die übrigen faschistoiden, polizeistaatlich herrschenden Parteien auf Seiten des Staatsapparats und das inzwischen Millionen verhetzter Menschen umfas-

sende Heer der Anhänger der Nazi-Partei auf der Straße.

Fest steht: Es durfte kein Raum für Illusionen in das Wesen der sozialdemokratischen Führung gelassen werden. Allen vorschnellen Kritikern des Begriffs „Sozialfaschismus“ soll zudem gesagt sein:

- Es waren SPD-Polizeipräsidenten, die noch im Februar 1933 in Hamburg, Dortmund und anderen Städten antinazistische Demonstrationen verboten und Verhaftungen von KPD-Kadern anordneten (7/S. 55).
- Es war der SPD-Parteivorstand, der im März 1933 eine Rundreise zu verschiedenen Parteien der gelben „Sozialistischen Internationale“ antrat, um diese aufzufordern, endlich mit der Anprangerung des Nazi-Terrors in Deutschland aufzuhören, und wenige Wochen später seinen Austritt aus der „Sozialistischen Internationale“ erklärte, um die Nazi-Faschisten „milde zu stimmen“. (9/S. 217)
- Es war der Vorstand des ADGB, der seine Mitglieder am 19. April zur Teilnahme an den nazistischen 1.-Mai-Aufmärschen am „Nationalfeiertag der Arbeit“ unter der Hakenkreuzflagge aufrief. (9/S. 194)
- Es war die SPD, die am 17. Mai 1933 im Nazi-Reichstag ihre Zustimmung zu Hitlers Regierungserklärung, der sogenannten „Friedensresolution“, gab. Beim Absingen der „Nationalhymne“ zusammen mit den Nazis nickte sie die Aufrüstungs- und Kriegsvorbereitungspläne des deutschen Imperialismus ab. (9/S. 213)
- Es war der SPD-Parteivorstand, der am 19. Juni 1933 durch Bildung eines neuen „judenreinen“ Parteivor-

stands einem Verbot durch die Nazi-Faschisten zu entgehen versuchte. (5/S. 61)

Es galt, in der Zeitspanne von 1930 bis 1933, als die SPD zunehmend aus wesentlichen Komponenten des Staatsapparats entfernt wurde, während die Nazi-Partei noch nicht daran beteiligt war, bei der klaren Einschätzung, dass Apparat und Führungsspitze beider politischen Abteilungen, SPD und NSDAP, niemals gewonnen werden können, die Frage aufzuwerfen, wie es um die *Anhängerschaft* bestellt ist. Es galt, die Anhängerschaft der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich orientierten Arbeiterinnen und Arbeiter durch einen vorbildhaften, anspornenden Kampf gegen die Nazis zu beeindrucken, heranzuziehen und zu gewinnen. Dieses Hauptkettenglied in taktischer Hinsicht hätte geschickt durch richtige Losungen für die Tageskämpfe, durch Aktionen, auch militante Kampfaktionen, konsequent und ohne Schwankungen zu einer vor allem *indirekten* Entlarvung der sozialdemokratischen Führungsriege und ihres konterrevolutionären Anhangs führen müssen. Der Kern der antifaschistischen Aktion war der demokratische Tageskampf gegen den staatlichen Terror und den Straßenterror der Nazis – und nicht vager „Sozialismus“.

Für die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution war innerhalb der Arbeiterbewegung zweifellos die Sozialdemokratie der Hauptfeind. Die taktische Frage war, an welchen Themen die Autorität der KPD bei den sozialdemokratisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern gesteigert werden konnte. Denn nur, wer auch bei für die proletarische Revolution sekundä-

ren Fragen über Autorität verfügt, kann Überzeugungskraft und Aufmerksamkeit erwarten bei den Kernfragen Haltung zur sozialistischen Sowjetunion, zum bewaffneten Aufstand und zur Diktatur des Proletariats.

In dieser Richtung argumentierte das Sekretariat des ZK der KPD in seinem Rundschreiben vom 4. Juni 1932 an die Parteiorganisationen:

„Diese strategische Orientierung des Hauptstoßes in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie bedeutet jedoch keineswegs, dass wir in unserer Agitation und Propaganda plump und schematisch die Entlarvung der SPD in allen Fragen voranstellen. Wir schlagen die SPD am besten, indem wir die SPD-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegshetze gewinnen.“  
(14/S. 240)

### Veränderungen im Zusammenspiel der politischen Abteilungen des deutschen Imperialismus

Durch die Faschisierung des Staatsapparats, die massive Einschränkung demokratischer Rechte, das Erstarken der nazifaschistischen Partei und die schrittweise Entfernung der Sozialdemokratie aus dem Staatsapparat war ab 1930 eine neue Lage entstanden, die das Bündnis aller antinazistischen Kräfte im demokratischen antinazistischen und antimilitaristischen Kampf gegen die Nazis und den reaktionären Staatsapparat erfordert hat, ohne das strategische Ziel der KPD, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, über den Haufen zu werfen.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise ab 1929 und die verstärkten Klassenkämpfe führten jedoch zu einem Schwinden der „Popularität“ der Sozialdemokratie. Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Tarifikündigungen und Aussperrungen waren an der Tagesordnung. Rund 6 Mio. offiziell registrierte Erwerbslose plus 2–3 Mio. nicht registrierte bildeten die industrielle Reservearmee.

Gleichzeitig konnte die KPD in der Entwicklung ihrer Organisation und ihres Masseneinflusses große Schritte vorwärts machen. Aus einer Partei mit 120.000 Mitgliedern – eine Zahl, die über viele Jahre hindurch stagniert hatte – und einer Wählerschaft von 2,7 Millionen (1928) wurde sie 1932 zu einer Partei mit 360.000 Mitgliedern, für die bei den Reichstagswahlen bis zu 6 Mio. Stimmen abgegeben wurden. In Berlin hatte die KPD 1932 rund 860.000 Wählerinnen und Wähler. Erstmals war es damit einer revolutionären Partei gelungen, in der Hauptstadt eines imperialistischen Landes die stärkste Partei zu werden.

Gegen die Gewerkschaftsbürokratie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ADGB und der hinter ihm stehenden Sozialdemokratie war es der KPD seit 1930 gelungen, einige große Streikaktionen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) durchzuführen. Genannt sei hier nur der Streik der 13.000 Bergarbeiter der Mansfeld AG im Juni–Juli 1930, der erste große Abwehrkampf während der Weltwirtschaftskrise, dann der zweiwöchige Streik der rund 130.000 Metallarbeiter in Berlin, darunter 40.000 Metallarbeiterinnen und 1.000 Lehrlinge, im Oktober 1930, der größte Massenstreik der Wei-

marer Zeit, oder der zweiwöchige Streik von 75.000 Bergarbeitern im Januar 1931 im Ruhrgebiet, bei dem die Polizei drei Streikende ermordet und 200 verhaftet hatte.

Die deutsche Bourgeoisie war gezwungen, sich eine weitere Massenbasis zu schaffen. Ab 1930 wurde die SPD nach und nach aus dem Staatsapparat gedrängt, Schritt für Schritt ausgerangiert. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die jämmerliche Empörung nach der Absetzung der letzten SPD-Landesregierung in Preußen 1932. In seinem 1944 im mexikanischen Exil verfassten Buch „Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?“ beschreibt der KPD-Genosse Paul Merker, wie Ex-SPD-Minister Braun nicht wahrhaben wollte, dass die SPD ihre Schuldigkeit getan hatte. In seiner Beschwerde an den Staatsgerichtshof empörte sich Braun, denn schließlich habe die SPD-Regierung ja mehr Linke als Rechte ermorden lassen. Er erklärte: „Die preussische Regierung ist in der Lage, an Hand von Polizeistatistiken nachzuweisen, dass das Eingreifen der preussischen Polizei *mehr Tote und Verwundete auf der linken Seite als auf der rechten* verursacht hat.“ (Zitiert in: Merker, S. 254)

Das Zusammenspiel der verschiedenen politischen Abteilungen des deutschen Imperialismus änderte sich zu Ungunsten der Sozialdemokratie. Der deutsche Imperialismus „sattelte um“ auf die Deutschnationalen und Nazi-Faschisten.

Die Nazi-Partei hatte noch in den Parlamentswahlen von 1928 kaum mehr als 2,6 % der Stimmen erhalten, gewann aber ab 1929 Masseneinfluss. Sie stärkte sich organisatorisch, bildete Nazi-Gruppierungen zur Organisation

verschiedener Schichten und Bevölkerungsgruppen, darunter auch die Nazi-„Betriebszellenorganisation“ NSBO. Einfluss sollte die NSBO, die Ende 1932 rund 300.000 Mitglieder zählte (13/S. 416), vor allem in kleinen, mittleren und staatlichen Betrieben wie der Reichsbahn gewinnen. 1929 wurde der Aufbau der SA als paramilitärische Bürgerkriegsarmee der Nazi-Partei verstärkt. Zweifellos stieg der Anteil der jugendlichen Arbeiter und Erwerbslosen in der SA, in ihrer großen Mehrzahl jedoch nicht Industriearbeiter, sondern Handwerksgelesen insbesondere aus Kleinbetrieben.

Wurden 1931 noch durch Nazi-Terror 49 und durch Polizeiterror 55 Kommunisten und Antinazisten ermordet, so hatte sich das Verhältnis 1932 umgekehrt, denn es gab 81 Opfer des Polizei-Terrors und 139 Opfer des Nazi-Terrors.

Zusammen mit der Deutschnationalen Partei und dem ihr nahestehenden paramilitärischen Stahlhelm initiierte die Nazi-Partei 1929 ein „Volksbegehren gegen den Young-Plan“. Das Volksbegehren scheiterte, aber erstmals gelang es der Nazi-Partei, sich an einer großen politischen Kampagne mit anderen bürgerlichen Parteien zu beteiligen. Nach den Landtagswahlen in Thüringen im Dezember 1929 wurde die Nazi-Partei erstmals an einer Landesregierung beteiligt. Bei den Reichstagswahlen vom September 1930 erhielt die Nazi-Partei 6,4 Mio. Stimmen (1928: knapp 800.000). Mit einem Schlag waren die Nazis die zweitstärkste Partei in Deutschland geworden.

Das taktische Prinzip, ein Hauptkettenglied festzulegen, mit dem Fortschritte auf dem Weg zum strategi-

schen Ziel der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter errungen werden konnten, war nun zunehmend klar: Die Faschisierung des Staatsapparats, der massenhafte Terror der Nazis auf der Straße, die drohende Übergabe der Staatsgeschäfte an die Nazi-Partei – das erforderte als Tageskampf die *antifaschistische Aktion*, den antifaschistischen Selbstschutz, den militanten Kampf zur Abwehr der Nazis. Das war ein gewichtiger Hebel, um an die noch antikommunistisch verhetzten, aber dennoch gegen die Nazis eingestellten sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiterinnen und Arbeiter heranzukommen, im praktischen Kampf gegen die Nazis das Gefühl der Solidarität zu stärken und solche Arbeiterinnen und Arbeiter in der Praxis geschickt von ihren sozialfaschistischen Führern zu lösen.

Das zweite taktische Prinzip war, dass nur durch eigene Erfahrungen, nur im praktischen Kampf, nicht allein durch theoretische Argumente, jene sozialdemokratisch beeinflussten Teile der Arbeiterklasse erreicht werden können, um unter Führung der KPD zunächst in den Tageskämpfen um die unmittelbaren Forderungen die Mehrheit der Arbeiterklasse zusammenzuschließen mit dem langfristigen Ziel, an die proletarische Revolution heranzukommen.

Der springende Punkt war also, im praktischen Kampf voranzugehen, ohne Illusionen in die SPD, ihren Apparat und ihre Führung zu schüren. Dabei galt es auch im demokratischen Abwehrkampf gegen die Nazis, das dritte taktische Prinzip, das Prinzip der Berücksichtigung der Besonderheiten des jeweiligen Landes, richtig anzuwenden: Die in Deutschland wie in keinem an-

deren Land der Welt verwurzelte Staatsgläubigkeit zu bekämpfen, die durch die deutsche Ideologie und insbesondere auch durch die revisionistische Sozialdemokratie in den Köpfen der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter verankerte „Gesetzestreue“ an-

hand der Erfahrungen und Notwendigkeiten im Anti-Nazi-Kampf abzustreifen und die befreiende Rolle massenhafter militanter, auch bewaffneter Aktionen im Tageskampf gegen die Nazis zu entfalten.

## Weitere Etappen der Faschisierung

Nachdem im März 1930 die letzte Weimarer Regierung mit SPD-Beteiligung unter SPD-Kanzler Müller zurückgetreten war, folgten eine ganze Reihe von „Präsidialkabinetten“, die über keine parlamentarische Mehrheit verfügten und zunächst mit parlamentarisch tolerierten „Notverordnungen“, gestützt auf Artikel 48 der Weimarer Verfassung, später über Parlamentsauflösungen und Verhängung des Ausnahmezustands regierten. Hinter den sich ablösenden Kabinetten stand als Garant für die politische Kontinuität der Kriegsverbrecher des Ersten Weltkriegs, Reichspräsident Hindenburg. Clara Zetkin erklärte hierzu treffend:

„Die politische Macht in Deutschland hat ein Präsidialkabinett an sich gerissen mit Ausschaltung des Reichstags ... Die treibende Kraft ist die Reichswehrgeneralität.“  
(4/S. 366)

Nachfolger Müllers wurde zunächst der Zentrums-Mann und ehemalige Freikorps-Leutnant Brüning mit seinem „Kabinett der Frontkämpfer“. Mit der Bildung der „Nationalen Front“ in Harzburg am 11. Oktober 1931 war der Schulterchluss zwischen der Nazi-Partei, den Deutschnationalen und ihrer paramilitärischen „Stahlhelm“-Organisation mit Hugenberg an der Spitze besiegelt. Die Nazis demonstrierten ihre Stärke bei einem Massenaufmarsch von 70.000 SA-Männern in Braunschweig am 17. Oktober 1931.

Bei der Präsidentenwahl im März 1932 erhielt Hitler 11,3 Mio. Stimmen, Hindenburg 18,7 Mio. Durch Stimmengewinne bei den Landtagswahlen wurden in Anhalt, Thüringen, Mecklenburg und Oldenburg Nazi-Landesre-

gierungen gebildet. Im Preußischen Landtag zog die Nazi-Partei mit 162 (statt vorher 8 Mandaten) ein. (Merker, S. 235)

Das SA- und SS-Verbot vom 13. April 1932 kam für die Nazi-Partei nicht überraschend. Durch ihre engen Kontakte zur Reichwehr-Führung war sie darauf vorbereitet gewesen. Auch wenn SA-Massenaufmärsche nun für kurze Zeit von der Bildfläche verschwanden, so wurde das SA- und SS-Verbot insbesondere in ländlichen Gegenden von der Polizei, die selbst bereits in erheblichem Umfang aus SA- und NSDAP-Mitgliedern bestand, nicht umgesetzt.

### Staatsstreich in Preußen

Zusätzlich zu der Aufgabe der Gewinnung der noch an die Sozialdemokratie gebundenen Schichten der Arbeiterklasse trat nun noch das Problem, nazistisch verhetzte Schichten des Kleinbürgertums, aber auch Teile der Arbeiterklasse von der Nazi-Partei zu lösen oder zumindest zu neutralisieren. Maßnahmen zur Neutralisierung dieser Teile der Werktätigen mussten die grundlegende Besonderheit der Nazi-Anhängerschaft berücksichtigen: Sie war, wenn überhaupt, nur sehr schwer allein mit Argumenten zu überzeugen. Entscheidender als die unverzichtbaren Argumente war die demonstrierte Stärke und Kampfkraft der Antinazistinnen und Antinazisten durch antifaschistische Aktionen.

Nach dem Sturz der Brüning-Regierung wurde am 1. Juni 1932 der ehemalige Militär-Attaché Papen Kanzler. Die Nazi-Partei „toleriert“ die Hindenburg-Papen-Regierung unter der Bedin-

gung, dass das Verbot von SA und SS aufgehoben wird. Dies geschah am 14. Juni 1932 durch die „Verordnung gegen politische Ausschreitungen“, die insbesondere das Presse- und Versammlungsrecht massiv einschränkte und das Verbot von SA und SS außer Kraft setzte. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 verdoppelten die Nazis ihre Stimmen und erreichten 13,8 Mio. Die NSDAP wurde stärkste Partei, Göring zum Reichspräsidenten ernannt.

Nach dem Wahlerfolg der Nazis und der Aufhebung des SA-Verbots im Juli verschärften die Nazis ihren Terror ungemein: Allein im Juli ermordeten sie 86 Antinazisten.

In der Region um Görlitz kam es zu einer regelrechten Welle von Angriffen, Bombenanschlägen und Attentaten auf Nazi-Gegner, die Polizei griff nicht ein. Gezielt wurden auch Geschäfte jüdischer Inhaber angegriffen. (12/S. 158). Nach mehreren Nazi-Angriffen und -Morden innerhalb weniger Stunden in Berlin erklärten am 14. Juli die Arbeiterinnen und Arbeiter mehrerer Großbetriebe einen Proteststreik mit der Losung „Heraus mit allen faschistischen Mordbanditen aus den Betrieben!“. Sie erklärten: „Gegen die braune Mordpest der Hitler und Goebbels hilft nur der proletarische Massenschutz in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle, in jedem Wohngebiet.“ („Rote Fahne“, 15. Juli 1932). In Hamburg hatten am 12. Juli 1.300 SA-Nazis das Gewerkschaftshaus in Eckernförde gestürmt und verwüstet, zwei Arbeiter ermordet und weitere 17 zum Teil schwer verletzt. Die Schweißer der Deutsche Werke Werft, die Arbeiterinnen und Arbeiter der Lederfabrik Knecht und anderer Betriebe traten in

den Streik und forderten die Entlassung der SA-Mörder ihrer Betriebe, die an dem Überfall beteiligt waren. („Rote Fahne“, 13. Juli 1932). In Hagen traten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Elektrizitätswerke am 13. Juli 1932 wegen einer geplanten Nazi-Veranstaltung mit Goebbels als Redner in den Proteststreik und erklärten „Kein Licht für die Nazi-Versammlung!“ („Rote Fahne“, 13. Juli 1932). Am gleichen Tag konnten rund 10.000 Antinazistinnen und Antinazisten einen SA-Aufmarsch in Wuppertal durch offensiven militanten Kampf sprengen. Sie stürmten die SA-Lastwagen der anreisenden Nazis und SA-Lokale. Nach dreistündigen Straßenkämpfen waren keine uniformierten Nazis auf den Straßen mehr zu sehen. (Merker, S. 245)

In dieser Situation inszenierte Reichskanzler Papen am 20. Juli 1932 einen Staatsstreich in Preußen gegen die noch amtierende SPD-Landesregierung. SPD-Funktionäre wurden aus dem Preußischen Staatsapparat entfernt. Am 9. August 1932 ließ Papen sogenannte Sondergerichte einsetzen, bei denen im Schnellverfahren weder Berufung noch Revision möglich war und die den staatlichen Terror gegen kommunistische und antinazistische Kräfte verschärften. Rund 33.600 Kommunisten und Antinazisten wurden 1932 in über 7.000 Prozessen angeklagt und verurteilt.

Anfang November 1932 traten die 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der BVG in Berlin in den Streik. Vom 3. bis 7. November streikten sie trotz Hetze der SPD- und ADGB-Führung unter Leitung der RGO gegen geplante Lohnsenkungen. Bei militanten Straßenkämpfen wurden vier Arbeiter von der Polizei ermordet. Die Polizei besetzte

die Streiklokale und verhaftete rund 1.000 Streikende. Die Brisanz dieses Streiks lag aber auch darin: Erstmals war es der Nazi-Partei, die ihre NSBO-Nazis aufgrund der großen Sympathien für die Streikenden bei den Werktätigen Berlins und den unmittelbar bevorstehenden Reichstagswahlen zur Unterstützung des Streiks aufgerufen hatte, gelungen, in die 22-köpfige Zentrale Streikleitung gewählt zu werden. (Streik, S. 7)

Bei den Parlamentswahlen im November 1932 kassierte die Nazi-Partei 2 Mio. Stimmenverluste. Mit 11,7 Mio. Stimmen wurde sie dennoch wieder stärkste Partei. Papen trat am 16. November 1932 zurück, Hitler wurde von Hindenburg mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Nachdem dessen Verhandlungen mit Zentrum und Deutschnationalen gescheitert waren,

ernannte Hindenburg am 3. Dezember 1932 den Reichswehr-General Schleicher zum Kanzler. Anfang Januar 1933 folgten dem KPD-Aufruf rund Hunderttausend Menschen und demonstrierten in Berlin und anderen Städten gegen die Hindenburg-Schleicher-Regierung. Zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin demonstrierten am 15. Januar wiederum Hunderttausende. Einen Nazi-Aufmarsch von 15.000 SA-Männern unter Polizeischutz am 22. Januar 1933 gegenüber dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin beantworteten mehrere Zehntausend Kommunisten und Antinazisten mit verbotenen Gegendemonstrationen. Drei Tage später demonstrieren 130.000 Kommunisten und Antinazisten durch Berlin am Karl-Liebknecht-Haus vorbei.



## Weitere Schritte zur Errichtung und Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur

### Ernennung Hitlers zum Reichskanzler

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Er bildete ein Kabinett mit Papen und Hugenberg mit sieben Nazi- und fünf Deutschnationalen Ministern.

Noch favorisierte das Finanzkapital die Nazis nicht endgültig als seine bevorzugte politische Abteilung: Beide, Nazis und Deutschnationale, erhielten im Februar 1933 3 Mio. Mark finanzielle Hilfe für die geplanten Neuwahlen. (7/S. 25) Die SA verfügte inzwischen über 500.000 Mitglieder, der deutschnationale Stahlhelm über rund 1. Mio. Die Nazi-Partei hatte rund 746.000 Mitglieder. Im Siegestaumel verschärfte die SA ihren Terror auf den Straßen. Am 22. Februar 1933 wurden 50.000 SA- und SS-Männer mit Pistolen bewaffnet und zu „Hilfspolizisten“ ernannt.

Der Widerstand gegen die Nazis direkt nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ist – vor allem in Hinblick auf lokale militante Widerstandsaktionen – noch ungenügend erforscht. Auch die nachfolgenden Daten müssen noch genauer überprüft werden.

Am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gab es Demonstrationen in Berlin und im ganzen Land. In Berlin-Charlottenburg, Chemnitz, Duisburg, Kaiserslautern und Wernigerode kam es zu Feueregefechten und Straßenkämpfen mit Nazis. In Düsseldorf wehrten Kommunisten und Antinazisten Angriffe von 300 Nazis auf das Parteihaus und die Druckerei der KPD ab. (7/S. 52) In Wuppertal sprengten

Kommunisten und Antinazisten einen Nazi-Aufmarsch. (2, Bd. X/S. 15). Am 31. Januar protestierten nach der Beerdigung von 9 ermordeten Antinazisten in Dresden rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Nazi-Terror. (2, Bd. X/S. 15). In Stuttgart zogen nach einer Kundgebung der KPD rund 10.000 Menschen durch die Stadt. (8/S. 13) Am 1. Februar 1933 demonstrierten 2.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in Suhl gegen die Nazi-Regierung, am 2. Februar 1.000 Kommunisten und Antinazisten in Erfurt. In Tangermünde streikten die Arbeiter am 5. Februar 1933 wegen eines Nazi-Mordes, in Stettin demonstrierten 25.000 Antinazisten. (7/S. 53) Am 7. Februar 1933 demonstrierten 200.000 Antinazisten in Berlin auf einer Anti-Hitler-Demonstration der SPD. (3, Bd. II/S. 311)

Trotz der spärlichen verfügbaren Informationen kann mit Sicherheit festgestellt werden, dass der Widerstand insgesamt betrachtet schwach war. In den Materialien zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale 1935 wurde zur Tätigkeit der KPD in Deutschland konstatiert:

„Ohne auf einen ernstlichen Widerstand der Arbeiterklasse zu stoßen, konnte die Bourgeoisie die Staatsgewalt in die Hände der Faschisten legen.“ (KI-Materialien, S. 1331)

Geschickt vermied es der deutsche Imperialismus, durch einen „braunen Tag X“ den befürchteten massenhaften antinazistischen Widerstand hervorzurufen, sondern verschärfte Terror und Verfolgung Schritt für Schritt. Die KPD wurde nicht sofort generell verboten, eben-

so wenig die legale kommunistische Presse. Selbstverständlich nahmen Verfolgung und Terror durch Polizei und Nazis ständig zu, Veranstaltungen wurden aufgelöst oder durch Polizeiterror unterbunden, die kommunistische Presse durch zeitweise Verbote weitgehend zum Schweigen gebracht.

In der Dramatik dieser Tage beriet sich das ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals. Ernst Thälmann stellte in seinem Referat fest:

„Es ist der Bourgeoisie Ernst damit, die Partei und die Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen faschistischen Terrors: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern – das alles gehört zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird. Schon die ersten Tage der Hitlerregierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistische Illusionen in unseren Reihen zu dulden.“ (Thälmann 1930–1933, S. 441)

Nun kam es darauf an, durch eine nicht abbrechende Kette von Aktionen zu verhindern, dass sich die nazifaschistische Diktatur konsolidieren konnte:

„Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, wo nicht an ein paar

Stellen Feuergefechte zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so sind das bestimmte Elemente des Bürgerkriegs, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen.

Die Bourgeoisie hat dem Proletariat den Bürgerkrieg erklärt ... Worauf kommt es jetzt besonders an? Wir müssen erreichen, dass die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in ganz Deutschland nicht mehr abreißt ... So müssen wir dazu kommen, die Organisation ununterbrochener Massenaktionen des Proletariats in allen Formen, auf allen Gebieten in die Wege zu leiten. Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgabe stellen: eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstands und Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur.“ (Thälmann 1930–1933, S. 443 f.)

In seinem Bericht auf dem VII. Weltkongress der KI „Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus“ vom August 1935 zog Georgi Dimitroff eine wichtige Lehre für den antifaschistischen Kampf:

„Man darf sich nicht vom Faschismus überrumpeln lassen, man darf ihm nicht die Initiative überlassen, man muss ihm entscheidende Schläge versetzen, solange er es noch

nicht vermocht hat, seine Kräfte zu sammeln, man darf es nicht zulassen, dass er sich festigt, man muss ihm auf Schritt und Tritt entgegenreten, wo er sich zeigt.“ (Dimitroff, S. 16)

### Reichstagsbrand

Der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 bot den Nazi-Faschisten den Vorwand, um den staatlichen Terror gegen die KPD massiv zu verschärfen. Sofort wurde Propagandamaterial der KPD für vier Wochen verboten, in Berlin wurden 1.500 Kommunistinnen und Kommunisten verhaftet und misshandelt, in Deutschland 10.000. Einige hundert Kader der KPD wurden ermordet. Die ersten Verhaftungswellen trafen insbesondere Genossinnen und Genossen der mittleren und unteren Leitungsebene, die durch ihre jahrelange Arbeit und ihr öffentliches Auftreten bekannt waren und anhand von vorbereiteten Listen aus ihren Wohnungen oder von ihrer Arbeitsstelle abgeholt wurden. Die Verhafteten wurden in „wilden“ Folterkellern der SA misshandelt und gefoltert, die ersten KZs wurden errichtet. Durch den Verrat des Spitzels Kattner fiel den Nazi-Schergen am 3. März 1933 auch Ernst Thälmann in die Hände. Kattner wurde daraufhin im Januar 1934 zur Strafe von einem Berliner Kommunisten hingerichtet.

Im Februar und März wurden ganze Arbeiterbezirke und Vororte zum Teil besetzt und abgeriegelt, systematisch vom Keller bis zum Dach durchsucht und vielfach brutal verwüstet. Neben der Polizei beteiligten sich Hunderttausende von SA, SS- und anderen Nazi-Schergen an dem Terrorfeldzug gegen die KPD und die anderen antinazistischen Kräfte. Die Tatsache, dass sich der Nazi-Faschismus auf eine riesige

Massenbewegung stützen konnte, ermöglichte es den Nazi-Henkern, mit einem freiwilligen Massenapparat zur Bespitzelung und Verfolgung gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, wie ihn noch nie irgendeine Regierung der Bourgeoisie oder irgendeine Polizei zu ihrer Verfügung hatte. Die meisten Festgenommenen wurden nicht sofort in Polizeigefängnisse eingeliefert, sondern waren tagelang, vielfach auch für Wochen und Monate den Misshandlungen der SA-Schergen in SA-Lokalen und neu eingerichteten SA-Kasernen ausgeliefert. Ein Teil wurde nach den Folterungen in die neu errichteten KZs überstellt.

Elemente des Bürgerkriegs, bewaffnete Aktionen gegen die Nazis, wie Ernst Thälmann sie beschrieben hatte, flackerten in der Tat auf, ohne dass sie jedoch zündende Signalwirkung auf Hunderttausende, geschweige denn Millionen von Werktätigen gehabt hätten.

In Düsseldorf gelang es Antinazistinnen und Antinazisten am 4. März 1933, einen SA-Aufmarsch zu sprengen. Acht Tage lang wehrten sie Versuche der Nazis, das KPD-Parteihaus zu stürmen, ab. Vom 4. bis zum 6. März 1933 verhinderten bewaffnete Antinazisten in **Johanngeorgenstadt** Nazi-Überfälle. In der Nähe **Zittaus** besetzten bewaffnete Kommunisten und Antinazisten das Gewerkschaftshaus. In verschiedenen Stadtteilen **Hamburgs** kam es Ende Februar zu mehreren bewaffneten Kämpfen mit SA-Banden und Antinazistinnen und Antinazisten des RFB. 95 Antinazisten wurden bei diesen bewaffneten Kämpfen verhaftet und in Prozessen verurteilt. (7/S. 67)

Für den 5. März 1933 wurden Reichstagswahlen angesetzt. Fast alle

Kandidatinnen und Kandidaten der KPD waren verhaftet oder verschleppt, die KPD selbst jedoch weiterhin zur Wahl zugelassen. Die Nazi-Partei erzielte rund 17,7 Mio. Stimmen. Die KPD erhielt trotz Verfolgung und Terror 4,85 Mio. Stimmen, nach absoluten Zahlen mehr als in der Septemberwahl 1930. Die 81 Mandate der KPD wurden am 9. März für ungültig erklärt, die KPD verboten.

Am 23. März 1933 wurde das Ermächtigungsgesetz erlassen, das es der Regierung ermöglichte, mit einer bloßen Unterschrift Hitlers Gesetze zu erlassen.

Der Nazi-Terror richtete sich nun auch zunehmend gegen die jüdische Bevölkerung, die terrorisiert, verprügelt und anderweitig misshandelt wurde. Nach SA-Aufmärschen vor Gerichten am 31. März 1933 wurde jüdischen Anwälten „kraft Hausrecht“ das Betreten von Gerichtsgebäuden verboten, um ähnliche angeblich „spontane“ Manifestationen des „Volkszorns“ zu vermeiden. Am 1. April 1933 folgte der staatlich organisierte Boykott von Unternehmen von Jüdinnen und Juden mit massenhafter Unterstützung von Teilen der deutschen Bevölkerung unter dem antisemitischen Aufruf „Die Juden sind unser Unglück! Kauft nicht bei Juden!“

Vom 25. März bis zum 10. April 1933 fanden unter Führung der RGO 97 Streiks gegen Lohnabbau und gegen das Eindringen der SA-Banden in die Betriebe statt. (Merker, S. 331).

In **Wuppertal** streikten neun Betriebe für die Freilassung Ernst Thälmanns und anderer eingekerkelter Antinazisten und Kommunisten. In **Berlin** gab es Streiks gegen die Verhaftung von Betriebsräten. (3, Bd. II/S. 319) In **Kiel** streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Germania-Werft für die

Freilassung verhafteter Betriebsratsmitglieder, ebenso 600 Kolleginnen und Kollegen der **Hamburger Ölwerke** und 3000 der **Düsseldorfer Phoenix-Werke**. (7/S. 66)

### „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften

Im April 1933 wurde die Verfolgung von SPD und Gewerkschaften intensiviert. Der 1. Mai wurde zum arbeitsfreien bezahlten „Nationalfeiertag der Arbeit“ erklärt und mit großem Pomp als Nazi-Veranstaltung organisiert. Dem Aufruf des ADGB-Vorstands folgten 1,5 Mio., die unter der Hakenkreuzflagge, eskortiert von SA und SS, durch die Straßen Berlins marschierten. Die Antwort der Nazis auf diese Anbieterei folgte prompt: Am Tag danach, dem 2. Mai, besetzten SA und Polizei die Gebäude von ADGB und AFA und verhafteten zahllose Gewerkschaftsführer. Am 23. Juni wurde schließlich die SPD verboten, ihre Vertreter aus Parlamenten und Ämtern entfernt. Das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“ vom 14. Juli 1933 erklärte alle politischen Parteien außer der NSDAP für verboten. Der Reichstag wurde durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ am 14. Februar 1934 aufgelöst.

Am 31. Juli 1933 gab es in Nazi-Deutschland offiziell rund 26.800 KZ-Häftlinge. (9a/S. 543) Die Gesamtzahl der Inhaftierten wird über 100.000 geschätzt, die Zahl der Ermordeten zwischen 500 und 600. (12/S. 172)

\* \* \*

Bei der Diskussion über den Kampf der KPD von 1929 bis zur Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur möchten wir klarstellen:

Selbst wenn die KPD bis ins letzte taktische Detail „alles richtig“ gemacht hätte, selbst dann wäre nicht garantiert gewesen, dass Zeit und Kräfte ausgereicht hätten, um die Nazi-Diktatur durch einen bewaffneten Abwehrkampf zu verhindern. Die Revolution 1905 in Russland erlitt eine Niederlage *trotz* der Existenz einer Kommunistischen Partei mit einer richtigen Linie unter Führung Lenins, denn nicht unwesentlich für den Erfolg ist eben auch ein günstiges oder ungünstiges Kräfteverhältnis.

13 Millionen Wähler der Nazi-Partei, der reaktionäre Block der Deutschen, mehrere Hunderttausend bewaffnete SA-Banditen auf der Straße – dies war ein konterrevolutionäres Heer, gegen das auch eine Kommunistische Partei mit einer in jeder Hinsicht richtigen Linie möglicherweise eine Niederlage erlitten hätte.

Hinzu kam die Schwierigkeit, dass der deutsche Imperialismus geschickt jede Eindeutigkeit vermied, einem großen Teil der Nazi-Gegner immer noch ein Fünkchen Hoffnung ließ: Am 30. Januar 1933 die Hoffnung, dass Hitler schnell abgewirtschaftet habe und „alles nicht so schlimm“ kommen werde, nach dem 27. Februar 1933 die Hoffnung auf die bevorstehende Wahl,

zu der die KPD immer noch zugelassen war. Die Notwendigkeit einer sofortigen bewaffneten Verteidigung, eines bewaffneten Abwehrkampfes war nicht für alle Nazi-Gegner klar und deutlich sichtbar.

\* \* \*

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD ist ohne Zweifel, dass in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muss mit dem Ziel, die kleinbürgerlich verhetzten Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren.

Im Bewusstsein dieser schwierigen Probleme werden wir die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genauer analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

# Anhang

## **Anmerkung 1: Die falsche Haltung der KPD zur „nationalen Frage“: Kritik des KPÖ-Genossen Alfred Klahr am Beispiel Österreichs**

Alfred Klahr, Mitglied des ZK der KP Österreichs, verfasste 1944 als Häftling im KZ Auschwitz die theoretische Arbeit „Gegen den deutschen Chauvinismus“.

Klahr kritisiert in dieser Schrift, dass die KPD die staatliche Unabhängigkeit Österreichs nicht verteidigte, sondern – in der falschen Tradition Rosa Luxemburgs in dieser Frage – eine „großdeutsche Idee“ vertrat, die eine „großdeutsche Republik“ unter Einschluss von Teilen oder ganz Österreichs anstrebte.

Außerdem arbeitete Klahr Gesichtspunkte zu folgenden Fragen heraus:

- zur Geschichte der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus;
- über die Notwendigkeit der Wiedergutmachung als Element auch der Erziehung breiter Massen nazistisch verhetzter Werktätiger;
- über die Notwendigkeit der kritischen Sichtung der gesamten Geschichte Deutschlands auch in kultureller Hinsicht aus dem Blickwinkel der Explosion des Nationalismus in der nazifaschistischen Ideologie und Praxis;
- über die Notwendigkeit einer Kritik sämtlicher wesentlicher Dokumente der KPD, der Theorie und Praxis der KPD vor 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Klärung des Verhältnisses von demokratischem und sozialistischem Kampf und der Klärung der Frage, wie es dazu kam, dass die KPD gegenüber der Propaganda der Nazis in die Defensive geriet und deshalb in Bezug auf verschiedene Themen der nationalen Frage zur Zeit der Weimarer Republik ins „Schlepptau“ der Nazi-Propaganda kam.

## Anmerkung 2: Zwei notwendige Korrekturen Ernst Thälmanns an Positionen der KPD zur Frage des militanten bewaffneten Abwehrkampfes gegen die Nazis

Auf der illegalen Tagung des ZK der KPD in Ziegenhals am 7. Februar 1933 präziserte und korrigierte Ernst Thälmann zwei Fragen: Erstens wies er die These zurück, dass der Nazi-Faschismus einzig und allein durch die proletarische Revolution gestürzt werden könne. Zweitens deutete er an, dass bewaffnete Kämpfe auch ohne unmittelbare Verbindung mit einem bewaffneten Aufstand geführt werden können und richtig sind, also eine Gleichsetzung von bewaffneten, militanten Aktionen und bewaffnetem Aufstand falsch ist.

Diese Feststellung war wichtig, weil die Frage der Bewaffnung des Proletariats gegen Nazi-Überfälle und Polizeiterror im Sinne einer demokratischen Forderung innerhalb des kapitalistischen Systems von der KPD lange Zeit mehr oder weniger mit dem bewaffneten Aufstand für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats gleichgesetzt worden war.

Die These, dass bewaffneter Kampf unbedingt mit dem Ziel geführt werden müsse, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen und die proletarische Revolution durchzuführen, war dabei theoretisch falsch und hatte in der Praxis verhängnisvolle Auswirkungen.

Grundsätzlich legt die Kommunistische Partei selbständig den Zeitpunkt des bewaffneten Aufstands fest und lässt ihn sich nicht vom Klassenfeind diktieren. Gleichzeitig muss sie aber entscheidende Zäsuren und Wendungen innerhalb des Lagers der herrschenden Klasse für die Planung und Durchführung eigener Aktionen in Rechnung stellen.

Weder der „Altonaer Blutsonntag“ vom Juli 1932 noch der 30. Januar oder der 27. Februar 1933 waren geeignet für den „Tag X“ des „klassischen“ bewaffneten Aufstands zur sozialistischen Revolution. Dafür war der Zeitpunkt noch nicht herangekommen, weil die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter noch nicht für den Kommunismus gewonnen waren.

Die Vorstellung, dass vor einem bewaffneten Aufstand keine bewaffneten Abwehrkämpfe geführt werden dürfen, ist auch insofern falsch, als die Arbeiterinnen und Arbeiter zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstands gegen legalistische und reformistische Vorstellungen ja gerade Erfahrungen in militanten Straßenkämpfen und bewaffneten Abwehrkämpfen machen müssen, eben in dem Bewusstsein, dass es sich dabei um Abwehrkämpfe und nicht um den „Aufstand für den Sozialismus“ handelt. Lenin erläuterte die Herangehensweise der Bolschewiki:

„Wir haben uns mit der prinzipiellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstands *nicht* begnügt. Wir unterstützten z. B. vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei den Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, dass sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen machte. Wir trachteten immer mehr auf Organisation eines andauernden und systematischen Widerstands



**der Massen gegenüber der Polizei und dem Militär.“**

(Lenin, Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1916, Werke Band 23, S. 121)

Im Februar 1933 korrigierte Ernst Thälmann die falsche Position der KPD in zweifacher Hinsicht:

1. „Das bedeutet nicht, dass der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein muss. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitlerregierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe. Wir stellen sie in jeder Stunde, wie stellen sie heute, wir stellen sie morgen, wir stellen sie in den nächsten Wochen und Monaten, ohne dass wir unter allen Umständen zu 100 % sagen können, dass, wenn uns der Sturz der faschistischen Diktatur gelingt, dies schon mit dem Sieg der proletarischen Revolution verbunden ist.“

(Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930–1933, Band II, S. 441, Köln 1975)

Weiter stellte er die Situation im Februar 1933 dar:

2. „Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, wo nicht an ein paar Stellen Feuertreffen zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so sind das bestimmte Elemente des Bürgerkriegs, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen. Die Bourgeoisie hat dem Proletariat den Bürgerkrieg erklärt.“

(ebenda, S. 443)

Daraus folgte Ernst Thälmann:

„Es ist klar, dass man heute die Frage nicht so stellen kann wie vor dem 30. Januar. Gegenüber Überfällen auf Arbeiterhäuser, Parteihäuser, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterlokale und Wohnungen unserer Funktionäre oder aber auch von solchen der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, wobei die Nazis mit dem Revolver und der Handgranate vorgehen, können wir nicht mit Parolen und Protesten antworten. Hier müssen wir die Massen zu höheren Formen der wehrhaften Massennotwehr, der geschlossenen aktiven Verteidigung des Arbeiterlebens und Arbeitereigentums erziehen.“

(ebenda, S. 448)

Dies war eine Korrektur Thälmanns in die richtige Richtung. Im nachhinein lässt sich sicherlich feststellen, dass die systematische Erprobung massenhafter bewaffneter Aktionen im Abwehrkampf gegen den sich faschisierenden Staatsapparat ab 1929, gegen die zunehmenden bewaffneten Nazi-Überfälle ab 1930 ein wichtiger Hebel gewesen wären, um 1933 verstärkt und massenhaft den Nazi-Mördern auch bewaffnete Schläge versetzen zu können.

Dabei hätte nicht alles auf eine Karte gesetzt werden dürfen, sondern, wie Thälmann forderte, musste durch eine nicht abreißende Kette von sich gegenseitig anspornenden bewaffneten Aktionen breiter Massen an verschiedenen Orten eine offensive Atmosphäre gegen jede Tendenz zur Demoralisierung geschaffen werden, Rückzüge auch aus dem bewaffneten Kampf heraus in der Praxis geübt, der Übergang in die Ille-

galität durchgeführt und vor allem die Moral der kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter entwickelt und gestärkt werden. Dies wäre, ohne alles auf eine Karte zu setzen, ein Prüfstein gewesen, wieweit die Zehntausende von Nazi-Gegnern bereit gewesen wären, sich an bewaffneten Kämpfen gegen die Nazis zu beteiligen.

In diesem Sinne hatte Clara Zetkin bereits im Juni 1923 in ihrem Bericht „Der Kampf gegen den Faschismus“ auf dem Erweiterten Plenum des EKKI der Kommunistischen Internationale gefordert:

„Das Proletariat steht augenblicklich dem Faschismus gegenüber unter dem Zwang der Notwehr. Sein Selbstschutz, seine Selbstverteidigung gegen den faschistischen Terror darf nicht eine Minute vernachlässigt werden. Es geht um Leib und Leben der Proletarier, um die Existenz ihrer Organisationen. Selbstschutz der Proletarier lautet ein Gebot der Stunde. Wir dürfen den Faschismus nicht nach dem Muster der Reformisten in Italien bekämpfen, die ihn anflehten: ‚Tu mir nichts, ich tue dir auch nichts!‘ Nein! Gewalt gegen Gewalt! Nicht etwa Gewalt als individueller Terror – das bliebe erfolglos. Aber Gewalt als die Macht des revolutionären organisierten proletarischen Klassenkampfes.

Der Selbstschutz des Proletariats gegen den Faschismus ist einer der stärksten Triebkräfte, die zum Zusammenschluss und zur Stärkung

der proletarischen Einheitsfront führen muss. Ohne Einheitsfront ist es unmöglich, dass das Proletariat die Selbstverteidigung mit Erfolg durchführt. Daher ist es notwendig, unsere Agitation in den Betrieben immer mehr auszubauen und zu vertiefen. Sie muss vor allem auch jene Gleichgültigkeit, den Mangel an Klassenbewusstsein und Solidarität in der Seele der Arbeiter überwinden, die meinen: „Die anderen mögen kämpfen und sich rühren, auf mich kommt es nicht an. Wir müssen jedem einzelnen Proletarier die Überzeugung einhämmern: Auf mich kommt es auch an. Ohne mich geht es nicht. Ich muss dabei sein

...  
Nur wenn wir in jedem einzelnen Arbeiter das revolutionäre Klassenbewusstsein entzünden und zur Flamme des Klassenwillens anblasen, wird es uns gelingen, auch militärisch die notwendige Überwindung des Faschismus vorzubereiten und durchzuführen.“

(Zetkin, S. 727 f.)

\* \* \*

Die Genossinnen und Genossen der KPD bewiesen 1936 bis 1939 in Spanien in der Praxis ihre richtige Haltung zum bewaffneten Kampf, als es darum ging, sich am bewaffneten Kampf der Völker Spaniens gegen den Franco-Faschismus und seine deutschen und italienischen Drahtzieher zu beteiligen. 3.000 der 5.000 Interbrigadisten aus Deutschland starben im Kampf gegen den Franco-Faschismus.

## Zitierte Literatur

### Literatur der KPD und der Kommunistischen Internationale

Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongress. Materialien, Moskau–Leningrad, 1935

Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitags der KPD (Sektion der KI). Berlin-Wedding, 9.–16.6.1929, Berlin 1972

Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1933, Faksimile-Nachdruck Frankfurt/W. 1978

Dimitroff, Georgi, Gegen den Nazifaschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum Offenbach, 2002

Gerber, Rudolf, Unser Kampf gegen den deutschen Chauvinismus“, in: „Die Kommunistische Internationale“, Nr. 9, 1935, S. 723 f.)

KPD (Hrsg.), Der Streik der Berliner Verkehrs-Arbeiter, Berlin 1932

Merker, Paul, Von Weimar zu Hitler. Deutschland – Sein oder Nicht-Sein?, Band 1, Mexiko, 1945. Nachdruck Frankfurt, 1974

Schneller, Ernst, Arbeiterklasse und Wehrpolitik. Ausgewählte Reden und Schriften 1925–1929, Berlin 1960

Thälmann, Ernst, Reden und Aufsätze 1930–1933, Band II, Köln 1975

Zetkin, Clara, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1960

### Revisionistische Literatur

(1) Kaufmann, Bern, u. a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993

(2) Ulbricht, Walter, u. a., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1968

(3) Bertholt, L., u. a., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Berlin 1965

(4) Haferkorn, Katja, u. a., Kommunisten im Reichstag, Frankfurt 1980

(5) Carlebach, Emil, Von Brüning zu Hitler. Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung, Frankfurt 1971

(6) Finker, Kurt, Geschichte des Roten Frontkämpferbundes, Frankfurt 1981

(7) Heider, Paul, Antifaschistischer Kampf und revolutionäre Militärpolitik. Zur Militärpolitik der KPD von 1933 bis 1939 im Kampf gegen Faschismus und Kriegsvorbereitung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1976

(8) Mammach, Klaus, Widerstand 1933–1939. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Köln 1994

(9) Plato, Alexander v., KPD und Komintern, Sozialdemokratie und Trotzismus, Berlin 1974

### Bürgerlich-reaktionäre Literatur

(9a) Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln und Opladen, 1964

(10) Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970

(11) Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945, Köln 1972

(12) Longeriche, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, Augsburg 1999

(13) Mommsen, Hans, Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar. 1918–1933, München, 2001

(14) Weber, Herrman/Voß, Angelika/Büttner, Ursula (Hrsg.), Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich, Hamburg 1



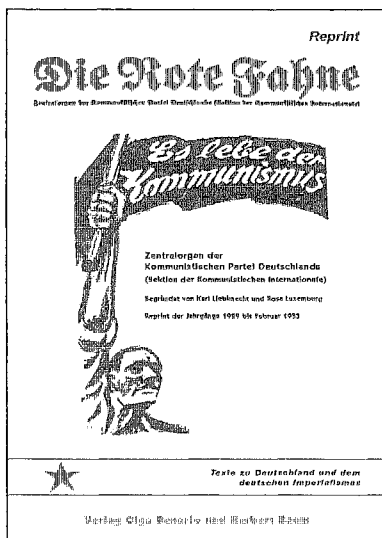
## Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
<b>Das Programm des wiedererstarkenden deutschen Imperialismus</b>	<b>4</b>
Ursachen	4
Abschüttelung der finanziellen Forderungen	5
Militarisierung und Wiederaufrüstung	5
Manöver des deutschen Imperialismus	6
<b>Die Sozialdemokratie treibt die Faschisierung voran</b>	<b>9</b>
Wie die Sozialdemokratie die Faschisierung und Wiederaufrüstung vorantrieb	9
Veränderungen im Zusammenspiel der politischen Abteilungen des deutschen Imperialismus	12
<b>Weitere Etappen der Faschisierung</b>	<b>16</b>
Staatstreich in Preußen	16
<b>Weitere Schritte zur Errichtung und Konsolidierung der nazifaschistischen Diktatur</b>	<b>19</b>
Ernennung Hitlers zum Reichskanzler	19
Reichstagsbrand	21
„Gleichschaltung“ der Gewerkschaften	22
<b>Anhang</b>	<b>24</b>
Anmerkung 1: Die falsche Haltung der KPD zur „nationalen Frage“: Kritik des KPÖ-Genossen Alfred Klahr am Beispiel Österreichs	25
Anmerkung 2: Zwei notwendige Korrekturen Ernst Thälmanns an Positionen der KPD zur Frage des militanten bewaffneten Abwehrkampfes gegen die Nazis	26
<b>Zitierte Literatur</b>	<b>29</b>



# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



## Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands  
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933

Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4

2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1

3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7

4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1

2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8

3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5

4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9

2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6

3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3

4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6

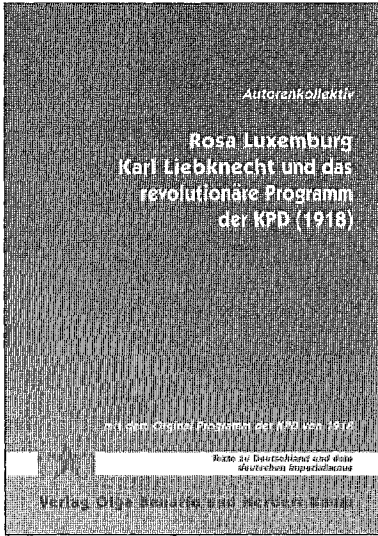
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3

3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0

4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

**Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten**



Autorenkollektiv

**Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)**

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10€  
ISBN 978-3-932636-74-5

Autorenkollektiv

**Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)**

Alfred Klahr

**Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)**

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €  
ISBN 978-3-932636-13-4

